

Politik mit Thunfischbüchsen

In Peru ist den Erdstößen ein soziales Beben vorausgegangen. Der Präsident gibt sich zerknirscht

VON JOSEF OHRLEIN

LIMA. Auch wenn nie herauskommen sollte, wer die abwegige Idee hatte, auf Thunfischbüchsen die Konterfeis des boliviarischen Präsidenten-Feldherrn Hugo Chávez und seines peruanischen Famulus Ollanta Humala als Zeichen der „Solidarität“ mit den Erdbebenopfern in Peru zu kleben: Die Konserven, die in der Katastrophenregion verschenkt wurden, haben gezeigt, dass auch ein Jahr nach dem Amtsantritt des peruanischen Präsidenten Alan Garcia das Kräftemessen mit seinem unterlegenen Konkurrenten Humala noch nicht zu Ende ist. Garcia und seine Regierung beschuldigten Humala und dessen linksnationalistische Partei PNP, mit der merkwürdigen Thunfischkampagne politisches Kapital aus der Erdbebenkatastrophe schlagen zu wollen. Humala bezichtigte wiederum Garcia, die Sache angezettelt zu haben, um ihm zu schaden.

Den schweren Erdstößen, die mehr als 500 Menschen das Leben nahmen, ging ein soziales Beben voraus, das Garcias Regierung bedrängte. Es ist sehr wahrscheinlich, dass der zuletzt fast bedeutungslose Humala die Proteste vor allem in seinen Stammburgen mitgeschürt hat oder dass sie ihm zumindest willkommen waren. Als größten Erfolg hat die Regierung Garcia ein Wirtschaftswachstum von acht Prozent vorzuweisen. Eine so hohe Rate gab es seit elf Jahren nicht mehr. Die internationalen Reserven haben einen Höchststand erreicht. Allerdings kam von dieser Prosperität bei den Ärmsten, als deren Anwalt sich Humala empfiehlt, nur wenig oder gar nichts an.

An den guten makroökonomischen Daten wird laut Garcia auch das Erdbeben nur wenig ändern. Das Wachstum werde um nicht mehr als 0,3 Prozent zurückgehen und in diesem Jahr wieder acht Prozent erreichen, prognostizierte er.

In gewisser Weise kam ihm das Erdbeben sogar zu Hilfe. Denn mit einem Mal war auch die letzte große Streikwelle beendet: Die Ärzte und das medizinische Personal blie-

sen angesichts der Katastrophe ihren Protest ab. Davor hatte Garcia Ausstände in der Landwirtschaft und im Erziehungswesen teilweise mit gewaltsamen Methoden bekämpfen lassen. Die Bilanz waren Mitte Juli vier Tote, Dutzende Verletzte und 300 Festgenommene. Garcia gab sich nach den Sozialprotesten zerknirscht. Trotzdem tauchten bald wieder die altbekannten Vorwürfe auf, er bediene zuerst die Klientel in seiner Partei „Apra“.

Ziel fast aller Bemühungen Garcias ist es, seine Landsleute die desaströse Amtsführung seiner ersten Präsidentschaft von 1985 bis 1990 vergessen zu machen. Als damals jüngster Präsident Südamerikas stürzte er Peru in ein wirtschaftliches Chaos mit einer nicht mehr kontrollierbaren Hyperinflation. Außerdem erlebte Peru den Höhepunkt der blutigen Guerrilla-Aktivitäten des „Leuchtenden Pfades“. Garcia wurde auch den Ruf nicht los, sich damals unrechtmäßig berei-

chert zu haben. Um von den innenpolitischen Schwierigkeiten abzulenken, ließ die Regierung Garcias einen schlummernden außenpolitischen Konflikt plötzlich Wiederaufleben. Schon 2005 hatte der Kongress in Lima ein Gesetz verabschiedet, das die Grenze im Pazifischen Ozean zu Chile zugunsten Perus neu definiert. Nun wurde eine Karte publiziert, die zeigt, wie sich Peru die Grenzziehung in der Zweihundertmeilen-Küstenzone vorstellt. Prompt erntete Lima Widerspruch aus Santiago.

Der Grenzstreit soll auf Garcias Vorschlag vom Internationalen Gerichtshof in Den Haag entschieden werden. Damit zeigte sich Chile einverstanden. Die Frage aber ist, ob sich die Wogen in der Innen- und Außenpolitik Perus tatsächlich geglättet haben. Oder ob nicht schon bald das Land wieder von einem neuen politischen Beben, vielleicht sogar einem Tsunami, heimgesucht wird.